

AUFSÄTZE

Joanna Szkolnicka, Alltag der Deutschen im Oblast Kaliningrad

Die ersten Monate nach der Kapitulation Königsbergs waren für die Deutschen geprägt von der Brutalität der Roten Armee, Hungersnot und Epidemien. Besonders schwer hatten Frauen und Kinder zu leiden. Ein Anzeichen für eine gewisse „Normalisierung“ der Lage der Deutschen war Anfang 1946 die Einrichtung von kulturellen Institutionen, die der politische Umerziehung zu dienen hatten. Das Verhältnis zu den Neusiedlern an ihren gemeinsamen Arbeitsstellen blieb erheblich gespannt, weil die Russen stets privilegiert wurden. Aber auch Akte der Menschlichkeit seitens der Russen sind bezeugt, oftmals schenkten diese den bei ihnen angestellten Deutschen mehr Vertrauen als den eigenen russischen Nachbarn. In einer „ersten Welle“ durften von April bis Juni 1947 nicht arbeitsfähige deutsche Einwohner, zu denen vor allem Waisenkinder und Invaliden gehörten, den Oblast verlassen. Die zweite Ausreisewelle war das Ergebnis einer am 11. Oktober 1947 in Moskau getroffenen Geheimentscheidung, die den Zuzug von Umsiedlern aus den Zentralgebieten der Sowjetunion fördern sollte. Dadurch wuchs die Zahl derer, die mit den Deutschen um Arbeitsplätze konkurrierten.

Bald nach der Eroberung Königsbergs war Pfarrer Hugo Linck zum informellen Sprecher der gesamten deutschen, insbesondere der evangelischen Bevölkerung geworden. Eine ähnliche Rolle wird dem katholischen Priester Paul Hoppe zugeschrieben. Er war nach Kriegsende von Bischof Maximilian Kaller zum Generalvikar für den sowjetisch besetzten nördlichen Teil der Diözese Ermland ernannt worden. Er wurde von den Russen „Metropolit“ genannt. Aus den Notizen des Beauftragten der Besatzungsmacht Glazkich ist zu entnehmen, dass Hoppe bei den allwöchentlichen obligatorischen Treffen mit den Vertretern der deutschen religiösen Gemeinden mit ihm wie mit seinesgleichen gesprochen hat. Sowohl Hoppe als auch Linck ist es gelungen, sich mit Glazkich zu verständigen und ein gewisses Vertrauensverhältnis zu ihm zu schaffen, was sich als höchst vorteilhaft erwies, weil Glazkich bereit war, über manche Verstöße der Kirchen und ihrer Vertreter gegen das sowjetische Recht hinwegzusehen.

Uta Bretschneider, Zwang zur Zukunft. „Umsiedler“ in der Zusammen- und Aufbruchsgesellschaft der sowjetischen Besatzungszone und der DDR

Am Ende des Zweiten Weltkriegs stellten die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen etwa ein Viertel der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). In der Phase des Zusammen- und Aufbruchs galt es, die ca. 4,3 Millionen Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen: mit Nahrung, Wohnraum, Arbeit und nicht zuletzt auch mit Zukunftsperspektiven. Sie sollten eine „neue Heimat“ in der sich formierenden „sozialistischen Gesellschaft“ finden. Die „Umsiedlerpolitik“ war dabei eine strikte Assimilationspolitik, welche die „Umsiedler“ zu vergangenheitslosen Menschen machen sollte, die sich voll und ganz auf den Aufbau der neuen Gesellschaft konzentrierten. Der Sonderstatus als distinkte Gruppe währte somit nur kurz: Bereits Anfang der 1950er Jahre galten die nunmehr als „ehemalige Umsiedler“ Bezeichneten als erfolgreich eingegliedert. In der DDR-Öffentlichkeit setzte eine weitgehende Tabuisierung von Flucht und Vertreibung ein, beispielsweise verbunden mit dem Verbot, landsmannschaftliche Zusammenschlüsse zu gründen. Eine auf die erzwungenen Migrationen um 1945 bezogene Erinnerungskultur konnte daher im Ostteil des Landes erst nach dem Ende der DDR entstehen. Der Text ermöglicht –

anhand von qualitativen Interviews, Archivalien und zeitgenössischen Publikationen – Einblicke in die vielschichtigen Problem- und Möglichkeitsräume, die sich im Zusammenleben von Alteingesessenen und „Umsiedlern“ in der Umbruchgesellschaft der SBZ/DDR ergaben.

Georg Jäschke, Die katholischen Jugendverbände der Vertriebenen in der Bundesrepublik. Gemeinschaft Junges Ermland und Danziger Katholische Jugend

Eine erste Zusammenkunft von jungen Erwachsenen, die sich in der ermländischen Jugendarbeit der Zwischenkriegszeit engagiert hatten, fand im August 1947 in Lippstadt statt. Als Gründungsdatum der *Gemeinschaft Junges Ermland* gilt das Ostertreffen auf Schloss Vinsebeck (Westfalen) 1948. Sie gab sich Ostern 1950 in Schüren (Sauerland) ein Programm, das neben der Integration in die neue Heimat die Pflege des ermländischen Brauchtums, Kontakte zu den Brüdern und Schwestern in der DDR und die Neugestaltung des Verhältnisses zu den Polen umfasste. Die Studientagung im Frühjahr 1959 sprach sich explizit für eine Verständigung mit Polen in einem neu geordneten Europa aus. Der organisatorische Ausbau der *Gemeinschaft* spiegelt sich in den steigenden Teilnehmerzahlen der Ostertreffen in Helle (Sauerland) für Ältere und in Freckenhorst (Münsterland) für die Jüngeren sowie auch in der Vielzahl von Regionaltreffen in der gesamten Bundesrepublik.

Die Gründung der *Gemeinschaft der Danziger Katholischen Jugend* im August 1947 auf der Jugendburg Gemen (Bistum Münster) war mit einer *Botschaft an die Katholische Jugend des polnischen Volkes im Gebiet der Freien Stadt Danzig* verbunden. Die Konsolidierung der *Gemeinschaft* zeigte sich in den wachsenden Mitgliederzahlen sowie in dem alljährlich Ende August stattfindenden Jugendtreffen auf der Burg Gemen mit Vorträgen und Diskussionen zu Themen aus Kirche und Gesellschaft. Die 1956 verabschiedete Ordnung der *Gemeinschaft* bekannte sich „zur demokratischen Staatsform, zur Wiedervereinigung Deutschlands, zu den verlorenen deutschen Ostgebieten und zur Schaffung einer europäischen Föderation in Freiheit und zum Bemühen um die Begegnung mit der polnischen Jugend, um eine zukünftige Haltung zu finden, die Hass, Rache und Nationalismus unmöglich macht.“